

Deutscher Fotorat
c/o DGPh e.V.
Rheingasse 8-12
50676 Köln

Antrag auf Mitgliedschaft

Seite 1/2

Hiermit beantragen wir die Aufnahme in den Deutschen Fotorat als:

- ordentliches Mitglied
- korporatives Mitglied
- Fördermitglied

Kontaktdaten

Institution/Name und Rechtsform

Ansprechpartner*in

Straße Hausnummer

PLZ Ort

E-Mail

Telefon

Webseite

Die **Geschäftsordnung des Deutschen Fotorats** [☞](#) in der Fassung vom 1. März 2022 erkenne ich hiermit an. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 200 Euro im Jahr. Für ordentliche Mitglieder kommt eine prozentualer Anteil hinzu, der sich an den Betriebseinnahmen der jeweiligen Organisation bemisst, entsprechend der **Finanzordnung des Deutschen Fotorats** [☞](#) vom 1. März 2022.

Ort, Datum, Unterschrift

Datenschutzrechtliche Unterrichtung zum Umgang mit personenbezogenen Daten im Deutschen Fotorat (DFR)

Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten im Deutschen Fotorat (DFR) erfolgen nach den Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Damit die juristische Person (Verband, Verein, Stiftung, Verwertungsgesellschaft, Hochschule etc.) dem DFR beitreten kann, ist es notwendig, bestimmte personenbezogene Daten ihrer Vertreter*innen zu erheben. Gleiches gilt, damit ein beratendes Mitglied in den DFR berufen oder ein Ehrenmitglied in den DFR gewählt werden kann. Dies ist notwendig, um das neue Mitglied im DFR zu betreuen und die Ziele des DFR zu verfolgen.

Daher dürfen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO die personenbezogenen Daten der insoweit betroffenen Personen hier in diesem Aufnahmeantrag erhoben werden.

Verantwortlich für den Datenschutz im DFR sind die amtierenden Sprecher/-innen:

Julia Laatsch, hallo@julia-laatsch.de

Anna Gripp, anna.gripp@dgph.de

Deutscher Fotorat

c/o Deutsche Gesellschaft für Photographie e.V.
Rheingasse 8-12, 50676 Köln

Von der in der Anlage 1-3 beigefügten Datenschutzordnung des DFR habe ich/haben wir Kenntnis genommen.

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie den digital ausgefüllten Mitgliedsantrag als PDF per E-Mail an:
post@deutscher-fotorat.de

Schicken Sie den Antrag bitte zusätzlich postalisch als Ausdruck und beidseitig mit Unterschrift versehen an die auf Seite 1 angegebene Adresse.

Datenschutzordnung des Deutschen Fotorats (DFR)

1. Allgemeine Grundsätze

Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten erfolgt im DFR nach Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Mit dem Beitritt einer juristischen Person (Verband, Verein, Stiftung, Verwertungsgesellschaft, Hochschule etc.), der Berufung eines beratenden Mitglieds oder der Wahl eines Ehrenmitglieds in den DFR erfolgt gemäß Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2 DSGVO eine datenschutzrechtliche Unterrichtung in Bezug auf die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten. Der DFR darf bei Beantragung einer Mitgliedschaft im Aufnahmeantrag alle Daten erheben, die zur Verfolgung der Ziele des DFR und für die Betreuung und Verwaltung seiner Mitglieder erforderlich sind (siehe Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO).

Für die Nutzung von personenbezogenen Daten sowie auch von Fotos im Rahmen der Pressearbeit in den Print- und Online-Medien (Website, Social-Media-Kanäle etc. des DFR) wird bei Bedarf eine separate Einwilligung eingeholt.

2. Verantwortliche im DFR für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im DFR sind die derzeit amtierenden Sprecherinnen:

Julia Laatsch, hallo@julia-laatsch.de

Anna Gripp, anna.gripp@dgph.de

Deutscher Fotorat

c/o Deutsche Gesellschaft für Photographie e.V.

Rheingasse 8-12, 50676 Köln

3. Antrag auf Aufnahme in den DFR

Mit dem Antrag auf Aufnahme einer juristischen Person, der Berufung eines beratenden Mitglieds oder der Wahl eines Ehrenmitglieds nimmt der DFR folgende personenbezogene Daten auf:

- Vor- und Zuname des/der Vertreter*in der juristischen Person, des beratenden Mitglieds oder Ehrenmitglieds
- Geschlecht
- Kommunikationsdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Anschrift

Die personenbezogenen Daten werden in einem EDV-System des DFR gespeichert, welches durch technische und organisatorische Maßnahmen vor einem unberechtigten Zugriff Dritter geschützt ist.

Sonstige Informationen und Informationen über Nichtmitglieder werden vom DFR intern nur erhoben und verarbeitet, wenn sie zur Erfüllung des Zweckes des DFR nützlich sind und keine Anhaltspunkte bestehen, dass die betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse hat, das der Verarbeitung entgegensteht.

4. Austritt aus dem DFR

Beim Austritt aus dem DFR werden alle gespeicherten personenbezogenen Daten archiviert. Die archivierten Daten werden ebenfalls durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt. Die archivierten Daten dürfen ebenfalls nur zu DFR-internen Zwecken verwendet werden.

Im Falle des Austritts werden die personenbezogenen Daten – soweit sie die Kassenverwaltung des DFR betreffen, gemäß den steuergesetzlichen Bestimmungen bis zu zehn Kalenderjahre ab der Wirksamkeit des Austritts im DFR aufbewahrt. Danach werden diese Daten gelöscht.

5. Pressearbeit

Der DFR informiert die Öffentlichkeit über seine Stellungnahmen, Veranstaltungen und sonstige Ereignisse. Solche Informationen werden überdies auf der Internetseite des DFR veröffentlicht.

Vertreter*innen einer juristischen Person sowie die beratenden Mitglieder und Ehrenmitglieder können – soweit ihre personenbezogenen Daten betroffen sind – jederzeit gegenüber den Sprecher*innen des DFR einer solchen Veröffentlichung widersprechen. Im Falle des Widerspruches unterbleiben in Bezug auf die widersprechende Person weitere Veröffentlichungen. Personenbezogene Daten der widersprechenden Person werden von der Homepage des DFR entfernt.

6. Weitergabe von Mitgliedsdaten

Der DFR macht seine Sitzungen, Veranstaltungen und sonstigen Ereignisse über den DFR-internen E-Mail-Verteiler und/oder auf seiner Website und/oder in Social-Media-Kanälen bekannt.

Dabei können personenbezogene Daten von Vertreter*innen einer juristischen Person, beratenden Mitglieder oder Ehrenmitglieder veröffentlicht werden. Die jeweils von der Veröffentlichung betroffene Person kann jederzeit gegenüber dem/der Sprecher*in des DFR einer solchen Veröffentlichung widersprechen. Im Falle des Widerspruches unterbleibt in Bezug auf die widersprechende Person eine weitere Veröffentlichung in den o.g. Medien.

Mitgliederverzeichnisse, die personenbezogene Daten von Vertreter*innen einer juristischen Person sowie die beratenden Mitglieder und Ehrenmitglieder enthalten, werden nur an die Sprecher*innen des DFR und sonstige Personen ausgehändigt, die im DFR nach dessen Geschäftsordnung eine besondere Funktion ausüben und die Kenntnis der personenbezogenen Daten erfordert. Macht ein Mitglied geltend, dass er die Mitgliederliste zur Wahrnehmung seiner geschäftsmäßigen Rechte benötigt, händigen die Sprecher*innen des DFR die Liste nur gegen die schriftliche Versicherung aus, dass die Mitgliederdaten nicht zu anderen Zwecken verwendet werden.

7. Hinweise auf Rechte als Betroffene*r:

Vertreter*innen einer juristischen Person sowie die beratenden Mitglieder und Ehrenmitglieder im DFR haben in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten folgende Rechte:

7.1 Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Sie haben das Recht von den Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob personenbezogene Daten von ihnen verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten. Darunter fallen:

- der Zweck der Verarbeitung,
- die Kategorien der verarbeiteten Daten,
- die Empfänger oder Kategorien von Empfänger*innen, gegenüber denen die Daten offengelegt werden,
- die Dauer der Speicherung der Daten oder die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer.

7.2 Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie haben das Recht, von der/dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.

7.3 Recht auf Löschung bzw. Einschränkung (Art. 18 DSGVO) der Verarbeitung

Sie haben das Recht, von der/dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von der/dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, z.B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch die/den Verantwortliche*n.

7.4 Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Die/ Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, sie/ er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

7.5 Recht auf Widerruf (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Sofern die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten von auf Grundlage ihrer Einwilligung erfolgt, haben sie das Recht diese Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

7.6 Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, kann sie Beschwerde bei der/dem zuständigen Datenschutzbeauftragten erheben:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211.384 24-0
Fax: 0211.384 24-999
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de